



## RUSSLAND UND EUROPA DIE REGIERUNG FRADKOW

■ ANALYSE		
	Traurige Bilanz. Der russische Vorsitz im Europarat (Mai – November 2006) Olaf Melzer, Frankfurt am Main	2
■ DOKUMENTATION		
	Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 25.1.1996 zum russischen Aufnahmeantrag	5
	Pressemitteilung des Europarats zum russischen Vorsitz im Ministerkomitee	7
	Links zum russischen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates	8
■ CHRONIK		
	Russland und der Europarat	9
■ KOMMENTAR		
	Werte oder Interessen. Die Beziehungen der EU mit Russland oder gesinnungsethische Illusionen Gerhard Mangott, Innsbruck	11
■ UMFRAGE		
	Das Image der Regierung Fradkow in der russischen Bevölkerung	13
	Die Ratings von Regierung und Ministerpräsident 2000–2006	17
■ CHRONIK		
	Vom 1. bis zum 7. Dezember 2006	19



## Analyse

### Traurige Bilanz.

#### Der russische Vorsitz im Europarat (Mai – November 2006)

Olaf Melzer, HSFK, Frankfurt am Main

#### Zusammenfassung

Russland führte 2006 zum ersten Mal den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats und hatte damit Gelegenheit, auch offiziell eine europäische Agenda formal zu bestimmen. Trotz einer beeindruckenden Bandbreite an Themen, die unter russischem Vorsitz in diesem halben Jahr bearbeitet wurden, bleibt ein zwiespältiger Eindruck. Russland verfolgt eine Doppelstrategie: Vordergründige Zusicherungen aller rechtlichen und politischen Verpflichtungen auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz werden von gleichzeitiger Hintertreibung eben jener gemeinsamen Ziele mit offensichtlich undemokratischer und nicht-rechtsstaatlicher Politik begleitet. Die Wertedifferenzen zwischen Russland und Europa sind entgegen politischer Beteuerungen manifest. Diskussionsbereitschaft reicht ohne Veränderungsbereitschaft auf beiden Seiten nicht aus – eine neue Qualität der europäischen Zusammenarbeit durch eine bessere Kooperation von Europarat und EU muss jetzt beginnen.

#### Russland im Europarat

Das Jahr 2006 war das Jahr Russlands. Die Russische Föderation hatte nicht nur zeitgleich den Vorsitz in zwei bedeutenden internationalen Institutionen inne – in den G8 und im Ministerkomitee des Europarats – sondern ist durch die Einigung mit den USA dem lang ersehnten WTO-Beitritt einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Angesichts dieser Erfolge scheint Russland gegenüber jeder europäischen Kritik an seiner Menschenrechts- und Energiepolitik immun zu sein.

Das gilt auch für die Kritik an den russischen Entwicklungen, die aus dem Europarat kommt, der einzigen europäischen Organisation, in der die Russische Föderation seit zehn Jahren Mitglied ist. Der Europarat ist die älteste Institution der europäischen Integrationsgeschichte (gegründet 1949) und gilt mit der „Europäischen Konvention zum Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte“ (EMRK) und dem „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ (EGMR) in Strassburg als der „Hüter der Menschenrechte“. Zusammen mit 200 weiteren Konventionen – u.a. die Europäische Sozialcharta, die europäische Anti-Folterkonvention – schafft dies den gemeinsamen europäischen Rechtsraum für die 46 Mitgliedsländer.

#### Die Aufnahme Russlands 1996

Russlands Aufnahme in diesen gemeinsamen Rechtsraum im Februar 1996 war umstritten, da es zu dieser Zeit weder im rechtlichen noch im politischen Sinne die demokratischen Grundvoraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllte. Die Entscheidung zur Aufnahme war politisch motiviert:

EU und NATO engagierten sich zwar im Dialog mit Russland, doch eine Aufnahme stand dort nicht zur Debatte. Der Europarat war die erste europäische Organisation, die sich für die enge Kooperation mit allen Ländern Mittel- und Osteuropas und auch der ehemaligen Sowjetrepubliken öffnete. Dafür waren bereits ab 1990 Kooperationsmechanismen wie z.B. der „Spezielle Gaststatus“ geschaffen worden. Damit sollte die Transformation der jungen russischen Demokratie in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz sowie die Entwicklung einer Zivilgesellschaft durch ein vielschichtiges Instrumentarium der Zusammenarbeit auf politischer, rechtlicher, kultureller, regionaler und kommunaler Ebene unterstützt werden.

Zwar zog sich das Aufnahmeverfahren der Russischen Föderation über vier Jahre hin und wurde zwischen Februar und November 1995 wegen der schweren Menschenrechtsverstöße russischer Streitkräfte in Tschetschenien ausgesetzt. Doch nach mündlichen und schriftlichen Zusicherungen der russischen Regierung, sie werde ihr Vorgehen im Kaukasus ändern, wurde Russland im Februar 1996 als 39. Mitglied in den Europarat aufgenommen.

Auf Grund der offensichtlichen Defizite Russlands in bezug auf die Europaratsstandards Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte wurden entsprechende Benchmarks sowie rechtliche und politische Verpflichtungen festgelegt. In der Stellungnahme 193 (1996 – siehe die Dokumentation auf S. 7), zur Aufnahme Russlands in den Europarat sind 25 „obligations and commitments“ aufgezählt, die Russland nach dem Beitritt zu erfüllen hatte, um der Mitgliedschaft im Europarat gerecht zu wer-

den. Zusätzlich wurden Monitoringmechanismen eingerichtet, die die Neumitglieder bei der raschen Umsetzung der Europaratsstandards unterstützen und die Fortschritte nachvollziehbar machen sollten. Das Monitoring für Russland mußte bisher mehrmals verlängert werden, weil Russland die bei der Aufnahme 1996 übernommenen Verpflichtungen bis heute nur teilweise erfüllt hat. Die russische Interpretation, diese Verpflichtungen seien nur politische Ziele, keinesfalls aber rechtlich verbindlich, wird außerhalb Russlands nicht geteilt.

### Russlands Vorsitz: Der Bock als Gärtner?

Nach zehn Jahren Mitgliedschaft Russlands im Europarat bestehen immer noch erhebliche Defizite bei der Verwirklichung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz im Land. Daher sorgte die Übernahme des russischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates für hitzige Diskussionen. Es hagelte Protest vor allem von Menschenrechtsorganisationen: Man mache den Bock zum Gärtner. Der europaweite hohe Standard des Menschenrechtsschutzes dürfe nicht gerade dem Vorsitz des Landes anvertraut werden, gegen das die meisten Klagen in Strassburg vor dem Gerichtshof für Menschenrechte anhängig seien, das verbindliche Urteile des Gerichts nicht umsetze und die Konflikte im Kaukasus nicht friedlich löse.

Trotz der Proteste und ungeachtet der miserablen Bewertungen des demokratischen Entwicklungsniveaus in den gängigen Indizes (Freedom House, Polity IV, Bertelsmann Transformationsindex) hielten René van der Linden, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Terry Davis, der Generalsekretär des Europarates im Frühjahr 2006 an ihrer Argumentation fest: Russlands Fortschritte würden den Vorsitz rechtfertigen und böten die einmalige Chance, Russlands Platz in der europäischen Wertegemeinschaft zu festigen.

### Die russische Tätigkeitsbilanz

Tatsächlich weist die Bilanz des russischen Vorsitzes eine beeindruckende Anzahl von Aktivitäten auf: 30 Veranstaltungen in nur sechs Monaten. Konferenzen, Fachkonferenzen und Workshops, aber auch die Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung, einiger Ausschüsse und des Kongresses für Gemeinden und Regionen fanden in Moskau, Petersburg und anderen russischen Städten statt. Konferenzen zu Demokratie, zur Zusammenarbeit der europäischen Staatsanwälte und Richter, zu Fragen der Zivilgesellschaft und Menschenrechten und zu dem von Russ-

land mit besonderer Aufmerksamkeit betriebenen europäischem Kampf gegen den Terror wurden von erheblichem Medienecho begleitet (siehe dazu auch die Chronik auf S. 9).

Doch ist ein genauer Blick auf die Konferenzen, die Inhalte und die in russischer Hand verbliebene Organisation der Veranstaltungen gefordert. Der russische Vorsitz konzentrierte sich prioritär auf folgende fünf Themen:

1. Stärkung der nationalen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte, Entwicklung der Bildung im Bereich der Menschenrechte und Schutz der Rechte nationaler Minderheiten:
2. Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums zum Schutz des Einzelnen vor den aktuellen Herausforderungen:
3. Verbesserung des Zugangs zu sozialen Rechten, Schutz sozial schwacher Gruppen:
4. Die Entwicklung effizienter Formen der Demokratie und der Bürgerbeteiligung, Förderung von Good Governance:
5. Verstärkung der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses durch die Entwicklung des Dialogs, Zusammenarbeit im Bereich Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport

Die meisten Veranstaltungen haben zum letzten Themenbereich (fünf) stattgefunden, der nicht die kontroversen Themen umfasst. Es jedoch muss festgehalten werden, dass Russland keine schwierigen Themen ausgespart hat, auch wenn die Begleitumstände vieler Veranstaltungen bemerkenswert waren:

- In den meisten Abschlussberichten sind die Ergebnisse erstaunlich schwammig formuliert - nicht zuletzt infolge massiver russischer Intervention, wie sich der Autor auf dem Forum „Zukunft der Demokratie“ im Oktober in Moskau persönlich überzeugen konnte. Hier wurde heftig um Formulierungen etablierter Europaratsstandards gefeilscht. Auf russisches Drängen wurde „independent and free work of the media“ geändert in „...a climate ... in which the media can work freely“. Immerhin wurde die von russischer Seite favorisierte Formulierung, die Medien hätten „dem Staat gegenüber verantwortlich“ zu arbeiten, gestrichen.
- Auf demselben „Forum zu Zukunft der Demokratie“ wurden unter Dumaabgeordneten und Experten zahlreiche Informationsmaterialien über den Europarat in russischer Sprache verteilt. Diese Materialien (Übersetzungen wichtiger Schlüsseltexte des Europarats) sind für die russische

Zivilgesellschaft bestimmt, der jedoch der Zugang zu diesen Informationen systematisch erschwert wird. Alle russischen Informationsbüros des Europarates sind für die Öffentlichkeit unzugänglich in Gebäudekomplexen wie dem „Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen“ (MGIMO) in Moskau untergebracht, das auch vom FSB bewacht wird.

- Auf der im September in Nischny-Nowgorod veranstalteten Konferenz der Nichtregierungsorganisationen durften einige lokale russische und international finanzierte NGOs aus der Region nicht teilnehmen. Der Einspruch des Europarats kam zu spät, die Einladungen waren von russischen Behörden erstellt und verschickt worden.

### Weg von den Menschenrechten?

Das russische Vorgehen zielt subtil, aber deutlich darauf, die Kernaufgabenbereiche des Europarats aufzuweichen. Vordergründig scheinen viele mündliche und schriftliche Äußerungen der russischen Vertreter nur die nötige Sorgfalt bei rechtlichen Formulierungen und Vereinbarungen vermissen zu lassen. Aus dem „gemeinsamen Rechtsraum Europa“ wird „ein gemeinsamer Raum“, bei demokratischen Prinzipien des Europarats beruft man sich schon mal auf die Prinzipien „traditioneller Demokratie“. Doch was nur nachlässig wirkt, stellt tatsächlich die Grundprinzipien des Europarats in Frage.

Die erste Priorität des russischen Vorsitzes, die Stärkung der nationalen Menschenrechtsinstitutionen, ist konsensual ein europaweites Ziel. Allerdings lässt die oft gehörte russische Beschwerde, der „Europäische Gerichtshof für Menschenrechte“ werde politisiert und wende gegenüber Russland zweierlei Maß an aufhören. So erhält auch die Blockadehaltung Russlands eine neue Dimension, das der schon auf dem Gipfel 2005 vereinbarten Budgeterhöhung des Gerichtshofes die Zustimmung verweigert. Darüber hinaus hat Russland als einziges Mitglied das 14. Zusatzprotokoll der „Europäischen Konvention zum Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte“ noch nicht ratifiziert, wohl auch deswegen, weil einige Urteile des Gerichtshofes in Russland nach zwei Jahren noch nicht umgesetzt sind. Laut allgemeiner Rechtsauffassung aller Mitgliedsstaaten des Europarates etablieren die Bestimmungen der Konvention (einschließlich der verbindlichen Urteile des Gerichtshofes) eine objektive europäische Grundordnung, die weit über die Eigenschaften eines normalen völkerrechtlichen Vertrages hinausreichen. Daran ist auch die Russische Föderation gebunden – und doch fordert sie diese Grundordnung durch ihr Verhalten heraus. Der rus-

sische Antrag, Europarat und OSZE nicht mehr zu Wahlbeobachtungsmissionen zu senden, sondern die Venedig Kommission damit zu beauftragen, drängt förmlich die Vermutung auf, das Ziel Russlands sei die Schwerpunktverschiebung der Kernkompetenzen des Europarates.

Diese Vermutung kam bei vielen Mitarbeitern des Europarats bereits nach dem 3. Europaratsgipfel in Warschau im Mai 2005 auf. Schon hier wich die russische Interpretation des Gipfel-Abschlusspapiers erkennbar vom kongruenten Verständnis der anderen 45 Mitglieder ab. Diese Unterschiede kamen während des russischen Vorsitzes erneut deutlich zum Ausdruck, als Russland die vereinbarte Ausarbeitung eines „Memorandum of Understanding“ zwischen EU und Europarat immer wieder verzögerte. Es nimmt kein Wunder, dass hinter vorgehaltener Hand die „hidden agenda“ des russischen Vorsitzes im Europarat zynisch kommentiert wurde:

- Fortschritte blockieren,
- Unvermeidliches verzögern und
- Kernaufgaben verschieben – weg von den Menschenrechten und hin zu Wirtschaft, sozialen und kulturellen Themen.

Hinweise auf diese Agenda des russischen Vorsitzes lassen sich explizit in der Rede von Außenminister Lawrow in seinem umstrittenen Auftritt in der Parlamentarischen Versammlung Anfang Oktober 2006 finden. Lawrow hatte nach seiner Rede kritische Fragen zum NGO-Gesetz, zu Menschenrechten und zur Entsendung russischer Parlamentarier zum international nicht anerkannten „Referendum“ in Transnistrien sehr ausweichend beantwortet und sich zu den Spannungen mit Georgien in der Form sehr unglücklich geäußert. Zwei Tage zuvor hatte der Präsident der Versammlung bereits die beiden Mitgliedsstaaten des Europarats, Russland und Georgien zu Zurückhaltung ermahnt und die Delegationsleiter Russlands und Georgiens wegen ihrer scharfen Rhetorik in der Parlamentarischen Versammlung zu einer Unterredung einbestellt.

### Verstärkte Kooperation von EU und Europarat als Lösung?

So fällt die Bilanz traurig aus. Die Diskrepanz zwischen russischen und Europaratssichtweisen auf Grundwerte und bestehende Vereinbarungen ist manifest und bedauerlich genug, die russische Strategie erscheint erschreckend konsequent.

Doch auch das Verhalten der europäischen Staaten ist unbegreiflich: Angesichts der Unterschiede zwischen russischen Beteuerungen und tatsächlicher Politik reicht es nicht aus, auf den EU-Russland-

Treffen die gemeinsame Wertebasis zu beschwören. Die Russlandpolitik der EU ohne Einbindung des Europarats ist in bezug auf ein gemeinsames Werteverständnis nicht erfolgreich. Im Gegensatz dazu vermag auch der „originär russische Weg der Demokratie“ bis heute nicht zu überzeugen. Doch es gibt eine Alternative:

Nicht die EU, sondern der Europarat bietet das passende Forum, die Diskussionen über gemeinsame

Werte auf Basis gemeinsamer russisch-europäischer Fortschritte *und* gemeinsamer Verträge zu führen. Eine bessere Kooperation zwischen den alten Rivalen EU und Europarat und eine Stärkung Straßburgs ist dringend geboten, um nachhaltig auf Russland einzuwirken und es mit vereinten Kräften der beiden Organisationen in einen ernsthaften Dialog über Menschenrechte und Demokratie einzubinden.

#### *Über den Autor*

Olaf Melzer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Frankfurt und promoviert über den Europarat und seine Demokratieförderungspolitik gegenüber Russland.

#### *Lesetipps*

- Hans-Joachim Bauer: Der Europarat nach der Zeitenwende 1989 – 1999. Zur Rolle Straßburgs im gesamteuropäischen Integrationsprozess; Regensburger Schriften zur Auswärtigen Politik, Regensburg 2000
- Holtz, Uwe (Hg.): 50 Jahre Europarat, Schriften des Zentrum für Europäischen Integrationsforschung. ZEI, Band 17, Baden-Baden 1999
- Melzer Olaf: Russland im Europarat: Demokratieexport durch den Europarat nach Russland seit 1989, in: Integration und Ausgrenzung im Osten Europas, Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 70 – September 2005, S. 25–30

## Dokumentation

### Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 25.1.1996 zum russischen Aufnahmeantrag

OPINION No. 193 (1996)<sup>1</sup>

#### nicht amtliche Übersetzung [Auszug]

10. Die Parlamentarische Versammlung stellt fest, dass die Russische Föderation vollständig ihr Verständnis und ihre Interpretation der eingegangenen Verpflichtungen, ausgedrückt in Paragraph 7, teilt und daher folgendes beabsichtigt:

- i) die Europäische Menschenrechtskonvention mit dem Moment des Beitritts zu unterzeichnen; die Konvention und die Protokolle Nr. 1, 2, 4, 7 und 11 innerhalb eines Jahres zu ratifizieren; nach Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 das Recht der Individualklageerhebung bei der Europäischen Menschenrechtskommission anzuerkennen und sich der verbindlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (Art. 25 und 46 der Konvention) zu unterwerfen;
- ii) das Protokoll Nr. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten innerhalb eines Jahres ab dem Beitrittszeitpunkt zu unterzeichnen und innerhalb von drei Jahren ab dem Beitrittszeitpunkt zu ratifizieren und mit dem Beitrittsdatum ein Moratorium für Hinrichtungen zu erlassen;
- iii) innerhalb eines Jahres ab dem Beitrittszeitpunkt die Europäische Konvention zum Schutz vor Folter und unmenschlicher Erniedrigung und Bestrafung zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
- iv) innerhalb eines Jahres ab dem Beitrittszeitpunkt die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten zu unterzeichnen und zu ratifizieren; deren Richtlinien in Bezug auf Minderheiten umzusetzen nach den Prinzipien, welche hervorgehoben wurden in der Versammlungsempfehlung 1201 (1993), und diese Prinzipien in das Rechtssystem und die administrative Praxis des Landes zu implementieren;
- v) innerhalb eines Jahres ab dem Beitrittszeitpunkt die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung und die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen zu unterzeichnen und zu ratifizieren; im Hinblick auf eine Ratifizierung die Sozialcharta des Europarats zu studieren und gleichzeitig die eigene Politik in Übereinstimmung mit den Prinzipien dieser Konventionen durchzuführen;

- vi) Die grundlegenden Prinzipien anderer Europaratskonventionen, besonders die über Auslieferung, gegenseitige Unterstützung bei Strafrechtsangelegenheiten, Überstellung verurteilter Personen, Geldwäsche, Fahndung, Festnahme und Konfiszierung von Erträgen aus Verbrechen zu unterzeichnen und zu ratifizieren und bis dahin anzuwenden;
- vii) internationale wie auch und interne Streitigkeiten auf friedvolle Weise zu regeln (eine obligatorische Auflage für alle Mitgliedsstaaten des Europarats) und dabei entschieden jegliche Form von Gewaltandrohung gegen Nachbarn abzulehnen;
- viii) ausstehende internationale Grenzkonflikte in Einklang mit dem Völkerrecht und gemäß bestehender internationaler Verträge zu lösen;
- ix) innerhalb von 6 Monaten ab dem Beitrittszeitpunkt die Vereinbarung vom 21. Oktober 1994 zwischen der russischen und moldawischen Regierung zu ratifizieren und den Abzug der 14. Armee und deren Ausrüstung vom Territorium Moldawiens innerhalb eines Zeitraums von 3 Jahren ab Unterzeichnung des Abkommens fortzusetzen;
- x) die Verpflichtungen der Verträge über konventionelle Streitkräfte in Europa zu erfüllen;
- xi) das Konzept zweier Kategorien von Fremdstaaten, bei dem manche Länder als spezielle Einflusszone, als so genanntes „nahes Ausland“ behandelt werden, für falsch zu erklären;
- xii) Forderungen auf Rückgabe von Kulturgütern an andere europäische Länder auf einer *ad hoc*-Basis, die zwischen Arten von Eigentum ( Archive, Kunstwerke, Gebäude etc.) und Besitz ( öffentlich, privat, institutionell) differenziert, zu verhandeln;
- xiii) ohne Verzögerung den Besitz religiöser Institutionen zurückzugeben;
- xiv) alle Themen bezüglich der Rückgabeforderungen von Eigentum, welches durch Mitgliedsländer des Europarats beansprucht wird, speziell Archive, die 1945 nach Moskau gebracht wurden, zügig zu klären.
- xv) mit sofortiger Wirkung die Einschränkungen der internationalen Reisemöglichkeiten von Personen, die Träger von Staatsgeheimnissen sind, zu beenden, mit Ausnahme solcher Restriktionen, die generell in den Europarat-Mitgliedsstaaten akzeptiert sind und die Nutzung von in der Russischen Föderation geführten Archiven zu erleichtern;
- xvi) sicherzustellen, dass die Anwendung der GUS-Menschenrechtskonvention in keiner Weise die Verfahren und Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention beeinträchtigt;
- xvii) innerhalb eines Jahres ab Beitrittsdatum das Geheimdienstgesetz insofern zu überarbeiten, dass es in Einklang mit den Europarats-Prinzipien und Standards steht: insbesondere dem FSB das Recht zu nehmen, Untersuchungsgefängnisse (Internierungszentren) zu besitzen und zu betreiben;
- xviii) ein Gesetz über den Zivildienst [alternativen Wehrdienst] zu verabschieden, wie in Art. 59 der [Russischen] Verfassung vorgesehen,
- xix) Fälle von Misshandlung und Todesfälle in den Streitkräften abseits militärischer Konflikte zu reduzieren, wenn nicht zu beenden;
- xx) Rechtsreformen zu betreiben im Hinblick darauf, die Gesetzgebung in Einklang mit den Prinzipien und Standards des Europarats zu bringen: insbesondere sollte der Präsidialerlass Nr. 1226 umgehend überarbeitet werden;
- xxi) die internationale Kooperation auszubauen, um ökologische Folgen von Natur- und Technologiekatastrophen mindestens zu verhindern, wenn nicht zu vermeiden;
- xxii) innerhalb eines Jahres ab dem Beitrittszeitpunkt die allgemeine Übereinkunft des Europarats über Privilegien und Immunitäten und die dazugehörigen Zusatzprotokolle zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
- xxiii) vollständig bei der Umsetzung des Versammlungsbeschlusses Nr. 508 (1995) über die Anerkennung von Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten des Europarats zu kooperieren, wie auch bei Monitoringverfahren, eingeführt kraft der Erklärung des Ministerkomitees vom 10. November 1994 (95. Sitzung);
- xxiv) die Vorgaben des internationalen humanitären Völkerrechts strikt zu beachten, auch in Fällen militärischer Konflikte auf eigenem Staatsgebiet;
- xxv) vertrauensvoll mit internationalen humanitären Völkerrechtsorganisationen zu kooperieren und ihnen ihre Tätigkeit im Land im Einklang mit ihrem Mandat zu ermöglichen.

Übersetzung aus dem Englischen: Tobias Schulz

Quelle: <http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=http://assembly.coe.int/Documents/AdoptedText/ta96/EOP193.htm>

## Pressemitteilung Europarat zum russischen Vorsitz im Ministerkomitee Pressestelle des Europarates

### Vorsitz im Ministerkomitee: Russische Föderation stellt Prioritäten vor

293d06

Straßburg, 19.05.2005 – Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat heute in Straßburg das Programm des russischen Vorsizes im Ministerkomitee vorgestellt. Er betonte, sein Land betrachte den Europarat als wichtigen Mechanismus der europäischen Zusammenarbeit, mit dem Ziel, ein Europa ohne Trennlinien und einen einzigen rechtlichen und humanitären europäischen Raum zu schaffen. Der russische Vorsitz stehe unter dem Motto: „Auf dem Weg zu einem vereinten Europa ohne Trennlinien“

Russlands Prioritäten umfassen die folgenden fünf Themengebiete:

#### 1. Stärkung der nationalen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte, Entwicklung der Bildung im Bereich der Menschenrechte und Schutz der Rechte nationaler Minderheiten:

Der russische Vorsitz wird die Bedeutung folgender Punkte hervorheben:

- Erhalt eines einzigen Raums bezüglich des Schutzes der Menschenrechte in Europa, einschließlich des Schutzes nationaler Minderheiten;
  - Entwicklung und Verbesserung der Tätigkeit des Straßburger Gerichtshofs und Maßnahmen, um eine Abnahme der Qualität oder die Politisierung seiner Arbeit zu verhindern;
  - Stärkung der legislativen Verbindung zwischen der Rechtsprechung des Gerichtshofs und nationaler Praktiken sowie die Zusammenarbeit im verfahrensrechtlichen Bereich;
  - Bildung und Erziehung im Bereich der Menschenrechte und Bildung eines Bewusstseins für die einschlägigen Normen und Standards sowie deren Anwendung.
- #### 2. Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums zum Schutz des Einzelnen vor den aktuellen Herausforderungen:
- Russland wird seine Arbeit fortsetzen, die grundlegenden Konventionen zu gesamteuropäischen Konventionen zu machen, um ihre einheitliche Auslegung und vollständige Anwendung sicherzustellen;
  - Russland wird sich für die Entwicklung einer direkten Kooperation zwischen den hohen rechtlichen (gerichtlichen) Organen der Mitgliedsstaaten einsetzen, um einen gemeinsamen gesamteuropäischen Raum zu schaffen;
  - Russland wird die Ausweitung des thematischen und geographischen Rahmens der Tätigkeit der Venedig-Kommission unterstützen sowie die Tätigkeit der GRECO und der Pempidou-Gruppe.
- #### 3. Verbesserung des Zugangs zu sozialen Rechten, Schutz sozial schwacher Gruppen:
- Russland hat die Absicht, die beim Dritten Europarats-Gipfel verabschiedete Idee weiterzuentwickeln, ein humaneres Europa zu gründen, und einen besonderen Beitrag zur Umsetzung des 10-Jahres-Plans zur Verbesserung der Lebensbedingung von Menschen mit Behinderungen in Europa zu leisten;
  - Russland ist bestrebt, als Follow-up zur Konferenz von Monaco sicherzustellen, dass das Europarats-Programm zum Schutz der Kinderrechte konkrete Ergebnisse erzielt
- #### 4. Die Entwicklung effizienter Formen der Demokratie und der Bürgerbeteiligung, Förderung von Good Governance:
- In Zusammenarbeit mit der Konferenz der Internationalen NGOs des Europarates wird Russland diesen Prozess fördern;
  - Russland wird die Initiative des Kongresses voranbringen, ein Zentrum für interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzurichten.
- #### 5. Verstärkung der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses durch die Entwicklung des Dialogs, Zusammenarbeit im Bereich Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport:
- Als ein Follow-up zum Thema interkultureller Dialog wird sich Russland bemühen, dass dieser Dialog auf der Grundlage von Gleichberechtigung, gegenseitigem Respekt und des Wunsches der Teilnehmer nach gegenseitigem Verständnis und Anpassung stattfindet;
  - Russland wird der politischen Bildung der Jugend und dem Kontakt der Jugendlichen untereinander besondere Aufmerksamkeit schenken.

Der russische Vorsitz endet im November 2006. Es werden Seminare und Konferenzen zu den folgenden Themen organisiert:

- Konferenz der Generalstaatsanwälte Europas (Moskau, Juli 2006);
- Internationales Forum zum „Interkulturellen Dialog und interkonfessioneller Zusammenarbeit“ (Nizny Novgorod, September 2006);
- Kolloquium zum Kulturerbe im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals (Sankt Petersburg, September 2006);
- Europäisches Jugendforum zum Thema „Alle anders – Alle gleich“ (Sankt Petersburg, September 2006);
- Konferenz der europäischen Minister für Sport (Moskau, Oktober 2006)

## Implementierung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

**Report** Committee on Legal Affairs and Human Rights

Rapporteur: Mr. Erik Jurgens, Netherlands, Socialist Group

18 September 2006

„[...] Das Komitee für Rechtsangelegenheiten und Menschenrechte hat nun einen proaktiveren Ansatz gewählt, indem es der Prüfung der Fälle Priorität eingeräumt hat, die größere strukturelle Probleme betreffen und bei denen es zu nicht akzeptablen Verzögerungen bei der Implementierung gekommen ist, insbesondere in fünf Staaten:: Italien, Russland, Türkei, Ukraine und Großbritannien. [...]

Wenngleich in Anerkennung positiver Entwicklungen in verschiedenen Staaten, einschließlich spezieller nationaler Mechanismen, die in Italien, der Ukraine und Großbritannien eingerichtet wurden, ist das Komitee ernsthaft besorgt wegen des Fortbestehens größerer struktureller Defizite und/oder des Fehlens wirksamer nationaler Mechanismen in verschiedenen Ländern. [...]

Wenn die Parlamentsdelegationen dieser Länder nicht innerhalb von sechs Monaten konkrete Ergebnisse oder realistische Aktionspläne vorlegen oder die substantiellen und oft seit langem bestehenden Fälle von Nichtübereinstimmung mit den Urteilen des Straßburger Gerichtshofes lösen, dann es wird die Versammlung in Betracht ziehen, die Regel 8 ihrer Verfahrensregeln anzuwenden (Aufhebung des Rechts nationaler Delegationen in der Versammlung repräsentiert zu sein).

[...]“

Quelle: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc06/EDOC11020.htm>

## Links zum russischen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates

Prioritäten des russischen Vorsitzes

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1002429&BackColorInternet=F5CA75&BackColorIntranet=F5CA75&BackColorLogged=A9BACE>

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1002429&BackColorInternet=F5CA75&BackColorIntranet=F5CA75&BackColorLogged=A9BACE>

Englisches Programm des Vorsitzes (30 Veranstaltungen in RF und Straßburg, Liste der Events )

[http://www.coe.mid.ru/c2\\_en.htm](http://www.coe.mid.ru/c2_en.htm)

Abschlussbericht des russischen Vorsitzes (englisch) [https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=CM/](https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=CM/Inf(2006)47&Sector=secCM&Language=lanEnglish&Ver=original&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75)

[Inf\(2006\)47&Sector=secCM&Language=lanEnglish&Ver=original&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75](https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=CM/Inf(2006)47&Sector=secCM&Language=lanEnglish&Ver=original&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75)

Rede des russischen Außenministers Lawrow

[http://www.coe.int/t/dc/files/pa\\_session/oct\\_2006/20061004\\_disc\\_lavrov\\_en.asp](http://www.coe.int/t/dc/files/pa_session/oct_2006/20061004_disc_lavrov_en.asp) 30.11.2006

Verbatim Records der PACE zu Rede des russischen Außenministers Lawrow

[http://assembly.coe.int/ASP/Doc/CRListingSession\\_E.asp?Session=2006-4](http://assembly.coe.int/ASP/Doc/CRListingSession_E.asp?Session=2006-4)

Interim Resolution des Ministerkomitees zur Nichteinhaltung des Urteils gegen Russland von 2004

[https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=ResDH\(2006\)11&Sector=secCM&Language=lanEnglish](https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?Ref=ResDH(2006)11&Sector=secCM&Language=lanEnglish)

## Chronik

### Russland und der Europarat

1989	Michail Gorbatschow spricht vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und ist damit das erste Staatsoberhaupt der UdSSR, das vor Abgeordneten aus westlichen Ländern eine Rede hält. Er stellt eine klare gemeinsame europäische Option für Russland vor und befürwortet eine enge Zusammenarbeit.
1991	Die UdSSR tritt der Kulturkonvention des Europarats bei.
1992	Russland erhält „Sondergaststatus“ im Europarat
1996	Russland wird in den Europarat aufgenommen, unterzeichnet die Europäische Menschenrechtskonvention und verpflichtet sich, das Protokoll zur EMRK zur Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten zu zeichnen und zu ratifizieren. Bis zum heutigen Tag ist Russland dem nicht nachgekommen, hat jedoch ein Moratorium für die Todesstrafe beschlossen und es wurde seitdem kein Todesurteil mehr ausgesprochen.
1998	Russland übergibt mit Unterstützung des Europarates die Verantwortung für das Haftsystem an das Justizministerium. Russland ratifiziert die Anti-Folter-Konvention. Das Anti-Folter-Komitee hat Russland dreizehnmal besucht, davon siebenmal den Nordkaukasus. Bisher hat Russland nur die Veröffentlichung eines der insgesamt dreizehn Berichte zu diesen Besuchen genehmigt.
2000–2003	Experten des Europarates unterstützen den Sonderbeauftragten des russischen Staatspräsidenten für Menschenrechte in Tschetschenien und gehen Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen und dem Verschwinden von Personen nach. [Der Europarat trägt dazu bei, dass eine Menschenrechtsbibliothek an der Universität von Grosny eingerichtet wird.]
2005	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland für Menschenrechtsverletzungen an Tschetschenen. Dies ist das erste Urteil des Gerichtshofs dieser Art.
2005	Nach zwei Besuchen in Russland bringt ein Bericht des Menschenrechtskommissars unter anderem folgende Themen zur Sprache: Verhalten von Polizeikräften, Menschenrechte in der Armee, Medienfreiheit und soziale und religiöse Rechte sowie Rechte von Minderheiten
2005	In einer anhaltenden Debatte über Russlands Einhaltung seiner Verpflichtungen hebt der Europarat Fortschritte in einigen Bereichen hervor, betont jedoch auch, dass noch mehr getan werden muss, und verlangt ein weiteres Monitoring Russlands.

### Europaratsaktivitäten während des russischen Vorsitzes

Mai 2006	Russland übernimmt den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates für den Zeitraum von Mai bis November unter dem Motto: Ein Europa ohne Trennlinien.
22.–23. Mai 2006	3. Europäische Konferenz der Wahlbehörden in Moskau.
5.–7. Juni 2006	Konferenz „Nachhaltige Entwicklung: Umwelt – Gesellschaft – Menschen“ in Moskau.
22.–24. Juni 2006	Workshop „Effizienz lokaler Selbstverwaltungsorgane“ in Weliki Nowgorod, Russland.
23.–24. Juni 2006	Abschlusskonferenz des Projektes „Geschichtsunterricht in einer multikulturellen Gesellschaft“ in Petersburg.
28.–30. Juni 2006	Konferenz „Einfluss der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf die Entwicklung des Rechtssystems in Europäischen Ländern“ in Jaroslawl, Russland
5./6. Juli 2006	7. Konferenz europäischer Generalstaatsanwälte „Rolle der Staatsanwaltschaft beim Schutz individueller Rechte“ in Moskau.

1.–11. September 2006	Präsentation des russischen Tourismuspotentials auf der Europamesse in Strassburg.
7.–9. September 2006	Internationales Forum „Kultureller Dialog und Kooperation zwischen den Glaubensgemeinschaften“ in Nischni Nowgorod, Russland.
8. September 2006	Die vom russischen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates organisierte Konferenz über den Dialog zwischen den Kulturen und Religionen endete mit der Erklärung, einen regelmäßigen Dialog zu den Themen Menschenrechte, sozialer Zusammenhalt und kulturelle Vielfalt einzurichten.
13.–15. September 2006	Europäische Konferenz der NGOs in Kemerowo.
14./15. September 2006	Workshop „Förderung der Kinderrechte – die Entwicklung der Gesellschaft sicherstellen“ in Moskau
21./22. September 2006	Start des Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen unter Schirmherrschaft des russischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates in St. Petersburg.
21./22. September 2006	Workshop „Staatsbürger und Menschenrechtserziehung“ in Moskau
21.–23. September 2006	Europäische Tage des Denkmals werden in St. Petersburg unter der Schirmherrschaft des russischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates eröffnet.
21.–25. September 2006	„Alle anders, alle gleich“ – Jugendforum für Vielfalt, Menschenrechte und Teilhabe in St. Petersburg.
29./30. September 2006	Konferenz der Ombudspersonen aus Europaratsmitgliedsländern in Athen.
17. Oktober 2006	Workshop „Internationale Rechtsgarantien für den Schutz der Rechte nationaler Minderheiten“ in Strasbourg.
18./19. Oktober 2006	Treffen des Europaratsforums zur „Zukunft der Demokratie“ in Moskau.
19./20. Oktober 2006	Gemeinsamer Workshop des Europarates und der OSZE zu Maßnahmen gegen Anstiftung zu Terrorakten, Anwerbung und Training von Terroristen in Wien.
20.–21. Oktober 2006	Konferenz der europäischen Sportminister in Moskau.
23.–24. Oktober 2006	Konferenz „Europa gegen gefälschte Medikamente“ in Moskau
25.–29. Oktober 2006	Konferenz „Der Einheitliche Europäische Rechtsraum und die Praxis des Verfassungsrechtes“ in Moskau.
30. Oktober 2006	Workshop „Ethnischer Hintergrund und die Entwicklung von Menschenrechtskonzeptionen in einer multikulturellen Gesellschaft“ in Strasbourg.
1.–10. November 2006	Konferenz zur Verbesserung der europäischen Kooperation im Bereich von Strafrecht und Justiz in Moskau.
2.–3. November 2006	Workshop „Schaffung eines europäischen Hochschulausbildungsraums. Die Rolle der Studierenden“ in Moskau.

Quelle: <http://www.coe.int/T/d/Com/Dossiers/Ministerkomitee/Vorsitz/Russland/Coe-Ru.asp> (bis Mai 2006),  
[http://www.coe.mid.ru/c2\\_en.htm](http://www.coe.mid.ru/c2_en.htm) (Mai bis November 2006)

Bearbeitung: Boris Queckbörner, Heiko Pleines

## Kommentar

### Werte oder Interessen.

## Die Beziehungen der EU mit Russland oder gesinnungsethische Illusionen

Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott, Professor für Internationale Politik an der Universität Innsbruck

In den letzten Monaten hat sich die Debatte innerhalb der Europäischen Union über wertebasierte oder interessenbasierte Beziehungen zu Russland erheblich verschärft. Das eine, idealistische Lager fordert eine gesamthafte Deutung, das die demokratische Konditionalität zum zentralen Baustein im Beziehungsgeflecht erhebt; die nachdrückliche Forderung nach demokratisch-rechtsstaatlichen Reformen in Russland sollte demnach den Grad der Zusammenarbeit zwischen beiden Akteuren bestimmen. Das andere, realistische Lager betont die strategischen Interessen, die Russland und die EU verbinden, die durch überzogene Konditionalität nicht belastet werden dürfen.

Die nüchterne Bewertung dieser beiden Debattenstränge sollte nach meiner Ansicht zu einer realistischen Deutung der Beziehungen zwischen der EU und Russland führen. Besonders deutlich lässt sich dies an der Energiezusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren deutlich machen.

Das idealistische Lager fordert auch für die Energiezusammenarbeit mit Russland die demokratische Konditionalität als Eckstein anzusehen. Diese Sichtweise verkennt aber die innerrussischen Bedingungen für eine demokratische Herrschaftsordnung. Die Führung um Putin bleibt gegenüber äußerer Kritik an ihrem Herrschaftsstil gelassen oder wischt sie arrogant zur Seite. Wichtiger aber: In Russland gibt es derzeit weder auf der Angebots- noch auf der Nachfrageseite die Grundlage einer nachhaltigen Demokratisierung des Landes. Die liberalen und demokratischen Bewegungen können sich wegen programmatischer Differenzen, v.a. aber wegen persönlicher Ambitionen und Rivalitäten nicht auf eine gemeinsame Front gegen den polizeistaatlich-reaktionären Kurs Putins zusammenschließen. Den auf demokratische Mitbestimmung bedachten städtischen Bevölkerungsschichten bietet sich damit auf der Angebotsseite keine glaubwürdige und effiziente Alternative. Aber auch auf der Nachfrageseite fehlen derzeit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Demokratiebewegung: die große Mehrheit der Bevölkerung zieht Stabilität, zivile Lebensperspektiven und moderate Wohlfahrtssteigerung der demokratischen Mitbestimmung vor – niemals mehr als 15 Prozent der Bevölkerung haben in den letzten 6 Jahren

die Möglichkeit, die Führung ihres Landes zu wählen, als einen unverzichtbaren Wert bezeichnet.

Dies wird natürlich auch dadurch ermöglicht, dass die staatliche Knebelung russischer Medien dem Regime die Informationshoheit gegenüber der eigenen Bevölkerung garantiert; zugleich aber gilt es resignativ anzumerken, dass außerhalb großstädtischer, liberal denkender Nischensegmente, Putins autoritärer Polizeistaat von der russischen Bevölkerung akzeptiert wird.

So legitim und notwendig EU-Kritik an der russischen Herrschaftsordnung auch ist – sie muss zur Kenntnis nehmen, dass sie von einer Mehrheit der RussInnen mit Skepsis aufgenommen wird. Die Glaubwürdigkeit westlicher Akteure ist innerhalb der russischen Bevölkerung gering. Diese haben in den neunziger Jahren jene politische Elite bedingungslos unterstützt, die für die Bevölkerung v.a. für politische Grabenkämpfe, Ineffizienz, Korruption, ökonomischen Zusammenbruch und soziale Verwahrlosung verantwortlich war.

Westliche Menschenrechtspolitik muss daher scheitern bleiben; sie muss mit einer russischen zivilen Graswurzelbewegung zusammenarbeiten, die erst nach vielen Jahren wirklich zu einem Druckfaktor auf das russische Regime werden kann.

Angesichts einer solchen innerrussischen Konstellation sollte sich die Europäische Union nicht darüber täuschen, die Demokratie in Russland kurzfristig voranbringen zu können. Nachhaltige, scharfe, öffentliche wie informelle Kritik an den autoritären Herrschaftsstrukturen ist ein unverzichtbares Gebot europäischer Russlandpolitik. Die Erwartung aber, dies könnte den Gang der Ereignisse in Russland nachhaltig verändern, ist leider nicht zutreffend.

Aus mehreren, aber auch aus eben diesem, ist eine Vermengung des demokratischen Konditionalitätsgebotes mit der Energiezusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union unzulässig, weil sie vitale Interessen der EU beschädigt.

Russland bedient derzeit 25 Prozent des Gasconsums und 27 Prozent des Rohölconsums der EU 27. Der Importbedarf der Europäischen Union im Gas- und Rohölsektor wird bis 2030 deutlich steigen. Die

Gründe dafür sind erhebliche Nachfragesteigerungen v.a. im Gas- aber auch im Ölbereich, aber auch deutliche Produktionsrückgänge in der Gas- und Rohölförderung der Staaten der EU. In 20 Jahren wird die EU – wenn sich das Konsumverhalten nicht verändert und Maßnahmen der Energieeffizienz nicht (ausreichend) wahrgenommen werden, 90 Prozent ihres Rohölbedarfs und 80 Prozent ihres Gasbedarfes importieren müssen.

Eine zunehmend zu vergemeinschaftende Energiepolitik der EU muss angesichts dieses notwendigen Importzuwachses sowohl die Diversifikation der Energieträger – dies schließt auch die Nuklearenergie ein – als auch die Diversifikation der Versorgerländer betreiben. Dabei ist zu beachten, dass alternative Anbieter wie Iran, Algerien, Ägypten oder Nigeria hinsichtlich demokratisch-rechtsstaatlicher Standards der russischen Lebenswirklichkeit deutlich nachhinken.

Russland wird aber trotz Diversifikation ein zentraler Versorger sein müssen. Dabei gilt es aber zusätzlich zu berücksichtigen, dass Russland seit Jahren versucht, seine Marktposition gegenüber den Abnehmerländern zu verbessern. Russland wird – mit einem außerordentlich hohen Finanzvolumen – seine Gas- und Pipelinenetze nach Ostasien ausbauen, um neue Märkte in China, Japan, Korea, den USA, Kanada und Mexiko zu erschließen. Die russischen Energieträger werden daher nicht mehr ausschließlich für EU-Märkte verfügbar sein. Dabei steigt der Produktionszuwachs im russischen Öl- und Gassektor ohnehin nicht stark genug, um den wachsenden Binnenverbrauch und die Nachfrage der EU-27 befriedigen zu können. Außerdem sieht sich die EU im schärfer werdenden globalen Nachfragewettbewerb nach Energieträgern mit Indien, der VR China und den USA.

Zudem gibt es Anzeichen, dass es Russland gelingen könnte, ein Gaskartell mit alternativen (zukünftigen) Versorgerstaaten der EU aufzubauen, wodurch die EU

noch unter zusätzlichen Druck gesetzt werden kann. Darüber hinaus wird sich Russland der Ratifizierung des Transportprotokolls der Energiecharta nachhaltig verweigern. Darin würde vor allem zentralasiatischen Gasproduzenten wie Usbekistan und Kasachstan das russische Pipelinenetz nach Westeuropa zugänglich gemacht.

Aus dieser Interessenkonstellation ergibt sich für eine nüchterne Energiepolitik der EU neben der erwähnten Diversifikation von Energieträgern und Energieversorgen auch eine zwingende langfristige, möglichst transparente Zusammenarbeit mit Russland im Energiesektor unter größtmöglicher Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen. Dazu zählen auch zusätzliche Versorgungsnetze wie die Nordeuropäische Gaspipeline, um unzuverlässige Transitländer wie Belarus' oder die Ukraine unter Druck zu setzen.

Die Konsequenzen für die Debatte über wert- oder interessenbasierte Beziehungen der EU mit Russland sind klar: Die Vermengung der strategischen Interessen im Energiesektor mit Menschenrechtsfragen ist unverantwortlich: Zum einen wegen der strategischen Bedeutung Russlands für die europäische Energieversorgung, v.a. aber wegen der ohnehin beschränkten Möglichkeiten, den Demokratisierungsprozess in Russland nachhaltig voranzutreiben.

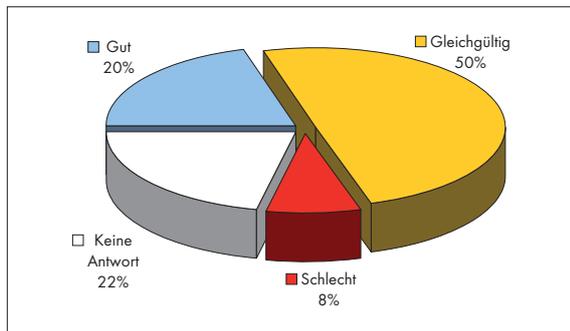
Die EU-Russlandpolitik sollte daher auf reflexhafte gesinnungsethische Illusionen verzichten, aber verantwortungsethisch Russland mit Kritik begegnen. Selbstgerechte Empörung, die vor allem die eigene Klientel bedienen soll, ändert weder russische Lebenswirklichkeiten, noch lässt sie die Interessen unserer Bevölkerungen auf gesicherte Energieversorgung zu sozial nicht diskriminieren Preisen unberührt. Staatskunst besteht darin, das Notwendige zu tun, das Mögliche zu wollen und über das Wünschenswerte das Zwingende nicht zu vergessen.

**Umfrage**

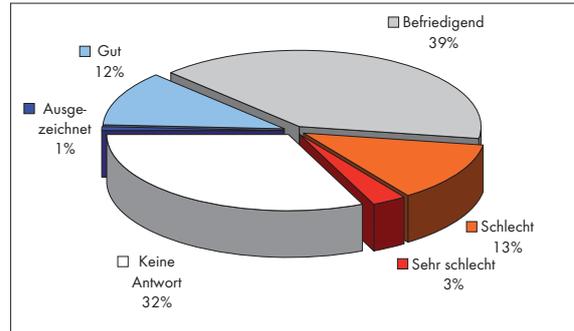
## Das Image der Regierung Fradkow in der russischen Bevölkerung

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 25. und 26. November 2006  
<http://bd.fom.ru/zip/tb0647.zip>

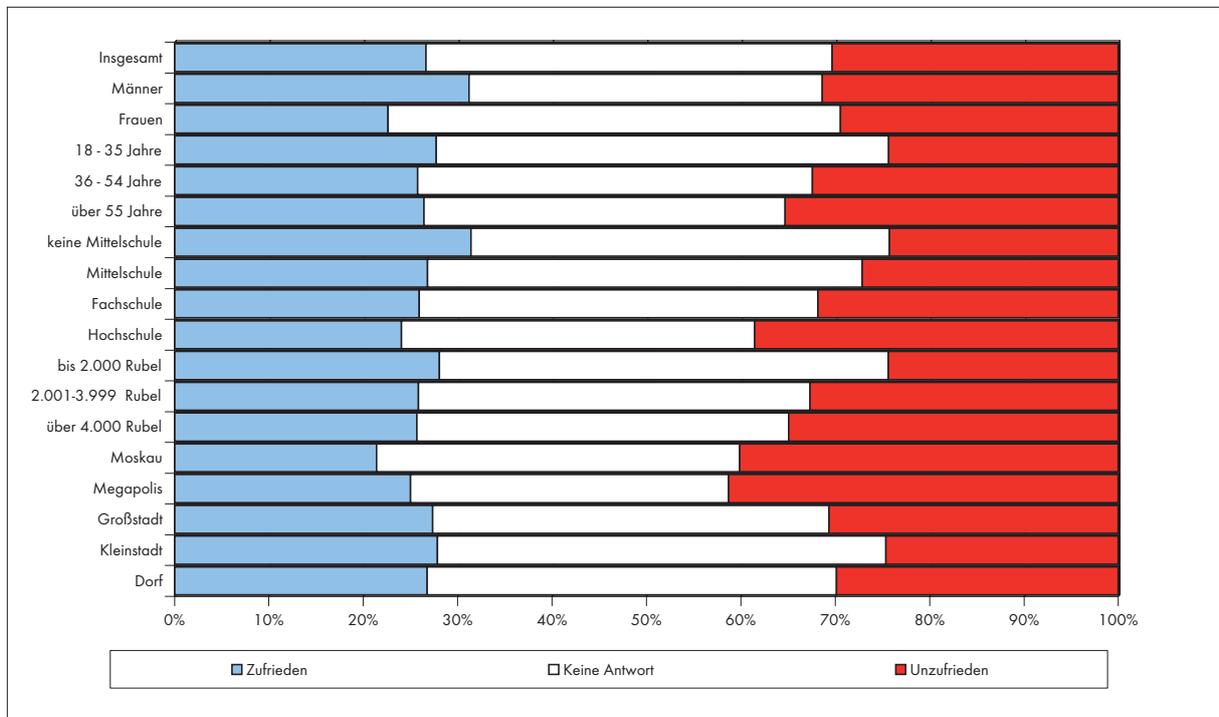
### Wie stehen Sie insgesamt zum Ministerpräsidenten Fradkow?



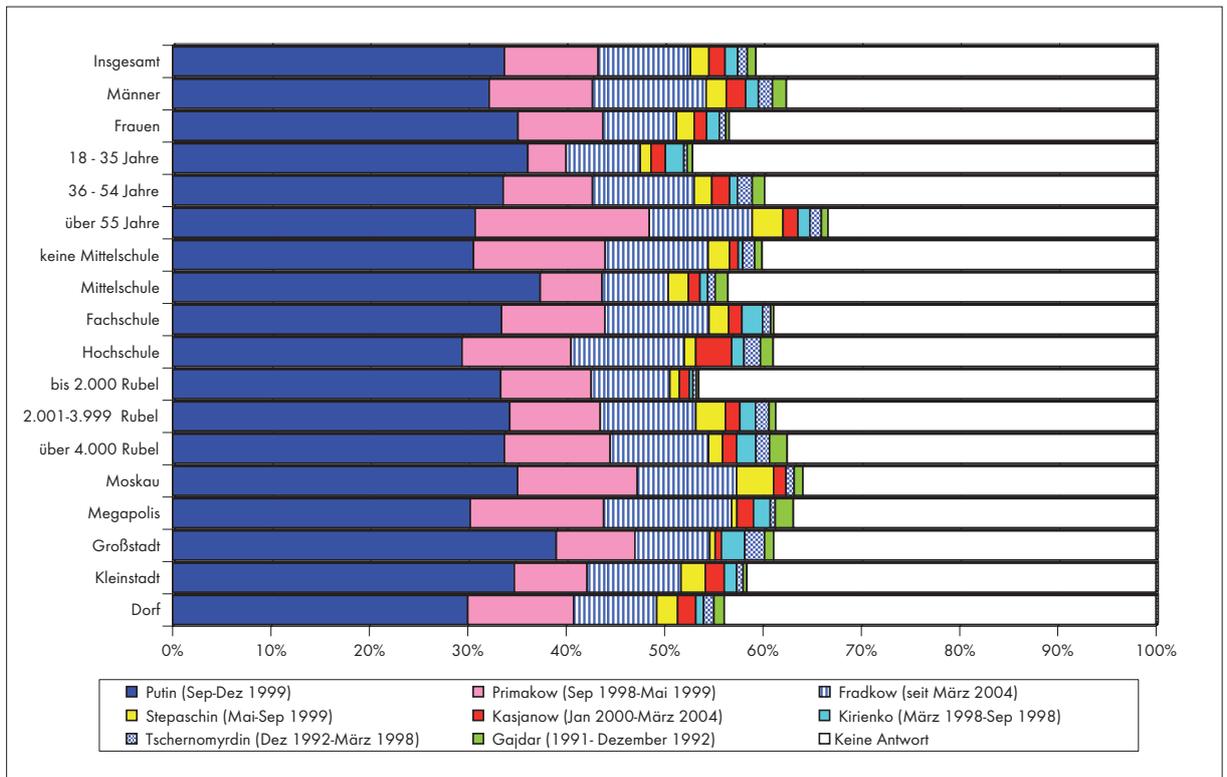
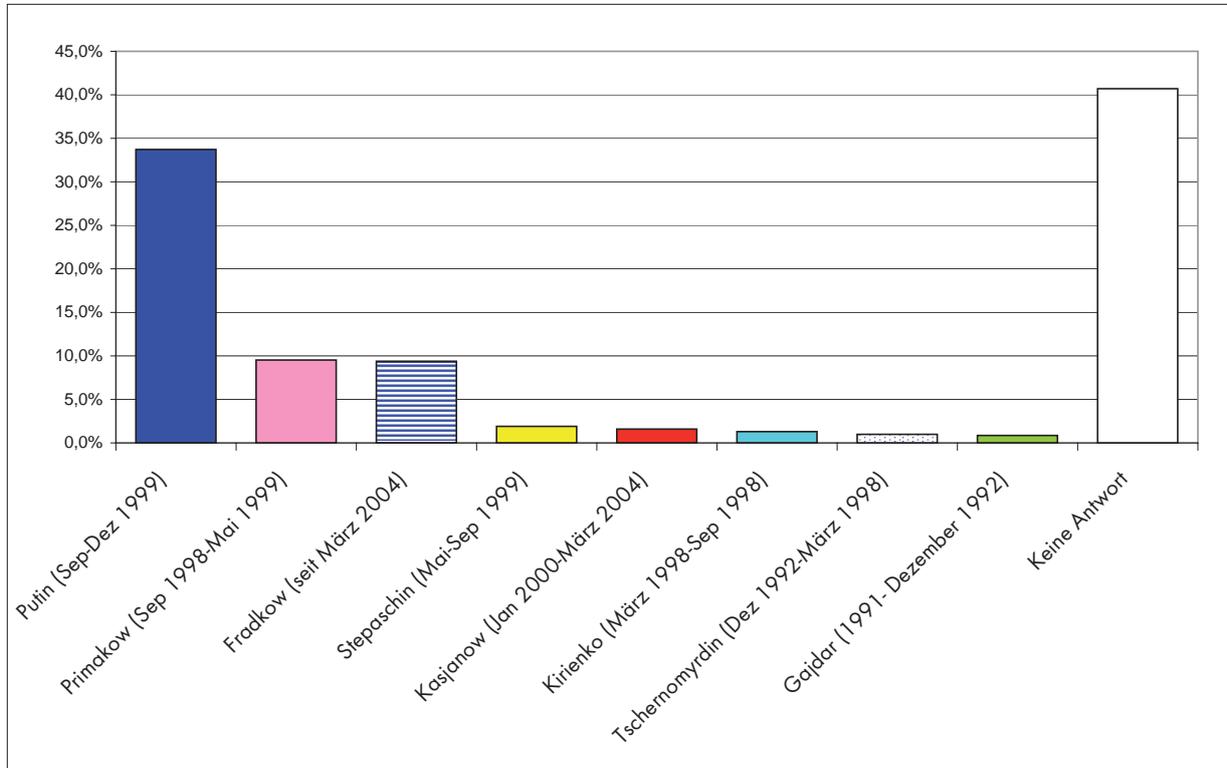
### Wie schätzen Sie die Arbeit der Regierung Fradkow ein?



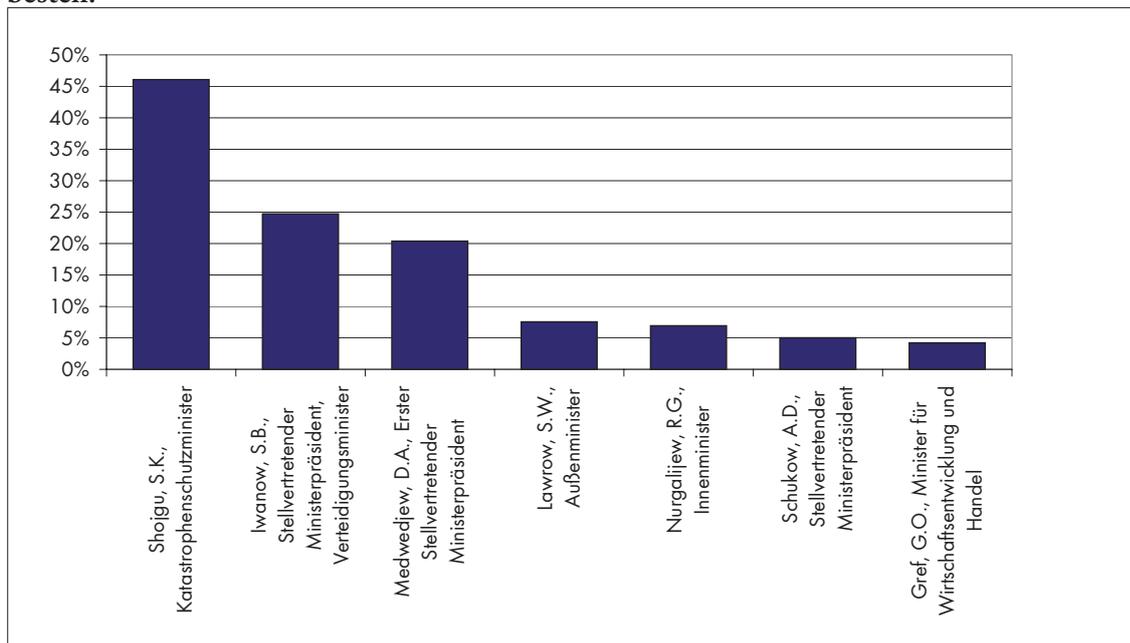
### Ist Präsident Putin mit der Arbeit der Regierung Fradkow zufrieden?



### Welche russische Regierung seit der Wende war die Beste?

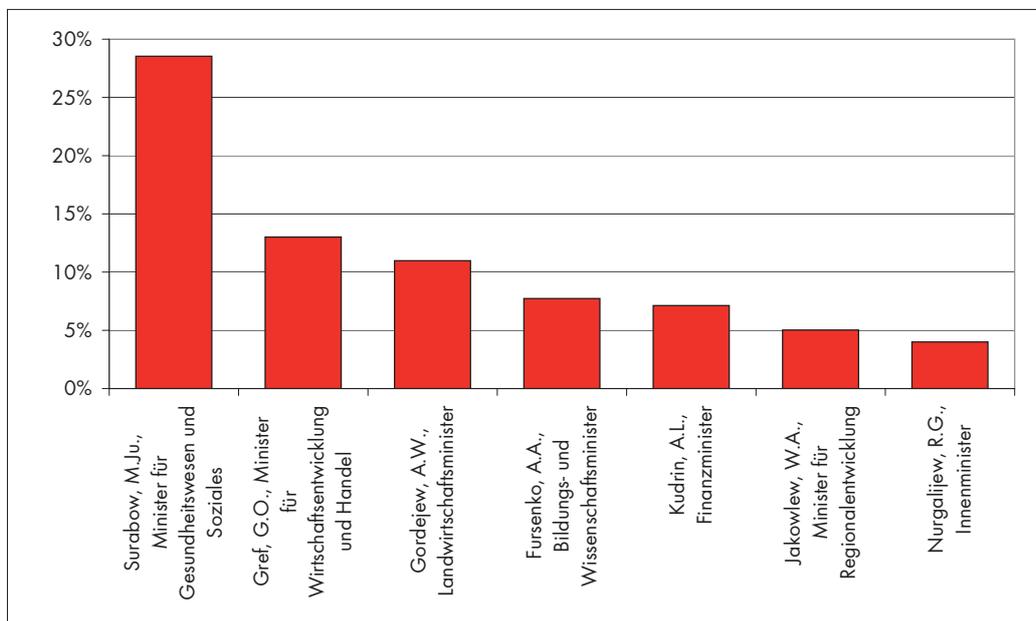


### Welche Mitglieder der Regierung Fradkow erledigen Ihrer Meinung nach ihre Arbeit am besten?



	Russland Insgesamt	Bildung				Prokopfeinkommen		
		keine Mittel- schule	Mittel- schule	Fachschule	Hoch- schule	bis 2.000 Rubel	2.001- 3.999 Rubel	über 4.000 Rubel
<b>Welche Mitglieder der Regierung Fradkow erledigen Ihrer Meinung nach ihre Arbeit am besten?</b>								
Shoigu, S.K., Katastrophenschutzminister	46,1%	35,7%	44,3%	48,9%	51,9%	37,4%	47,8%	51,5%
Iwanow, S.B., Stellvertretender Ministerpräsident, Verteidigungsminister	24,7%	19,1%	22,5%	28,3%	25,9%	21,1%	26,5%	27,7%
Medwedjew, D.A., Erster Stellvertretender Ministerpräsident	20,4%	14,1%	18,8%	24,2%	20,6%	19,2%	21,2%	20,6%
Lawrow, S.W., Außenminister	7,6%	3,9%	6,8%	8,2%	10,9%	4,4%	7,8%	11,1%
Nurgalijew, R.G., Innenminister	6,9%	3,0%	5,9%	10,1%	5,2%	7,3%	4,5%	8,5%
Schukow, A.D., Stellvertretender Ministerpräsident	5,0%	5,4%	4,7%	5,6%	4,2%	4,9%	5,6%	5,6%
Gref, G.O., Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	4,2%	0,9%	3,0%	5,0%	7,8%	2,6%	2,8%	6,8%
Kudrin, A.L., Finanzminister	2,6%	2,7%	2,3%	2,7%	3,1%	2,7%	2,1%	2,8%
Surabow, M.Ju., Minister für Gesundheitswesen und Soziales	2,6%	2,4%	2,3%	3,4%	1,4%	3,3%	1,0%	2,9%
Gordejew, A.W., Landwirtschaftsminister	2,3%	2,2%	2,0%	2,3%	2,9%	2,0%	1,6%	2,6%
Lewitin, I.E., Transportminister	1,4%	0,0%	2,5%	1,1%	0,7%	0,5%	0,9%	2,0%
Jakowlew, W.A., Minister für Regionalentwicklung	1,1%	2,2%	1,6%	0,4%	0,9%	1,1%	0,7%	1,0%
Fursenko, A.A., Bildungs- und Wissenschaftsminister	1,0%	1,1%	1,0%	0,8%	1,2%	0,8%	0,2%	1,3%
Christenko, W.B., Industrieminister	1,0%	0,0%	1,2%	1,0%	1,2%	0,8%	0,7%	0,9%
Sokolow, A.S., Minister für Kultur und Massenkommunikation	0,7%	0,0%	1,2%	0,6%	0,8%	0,5%	1,0%	0,3%
Trutnew, Ju.P., Minister für Bodenschätze	0,7%	0,0%	0,8%	0,9%	0,4%	0,4%	1,0%	0,5%
Rejman, L.D., Minister für Informationstechnologie und Fernmeldewesen	0,5%	0,0%	0,8%	0,3%	0,9%	1,0%	0,0%	0,6%
Keine Antwort	36,7%	50,6%	38,5%	32,0%	31,9%	45,7%	36,2%	29,4%

### Welche Mitglieder der Regierung Fradkow erledigen Ihrer Meinung nach ihre Arbeit am schlechtesten?

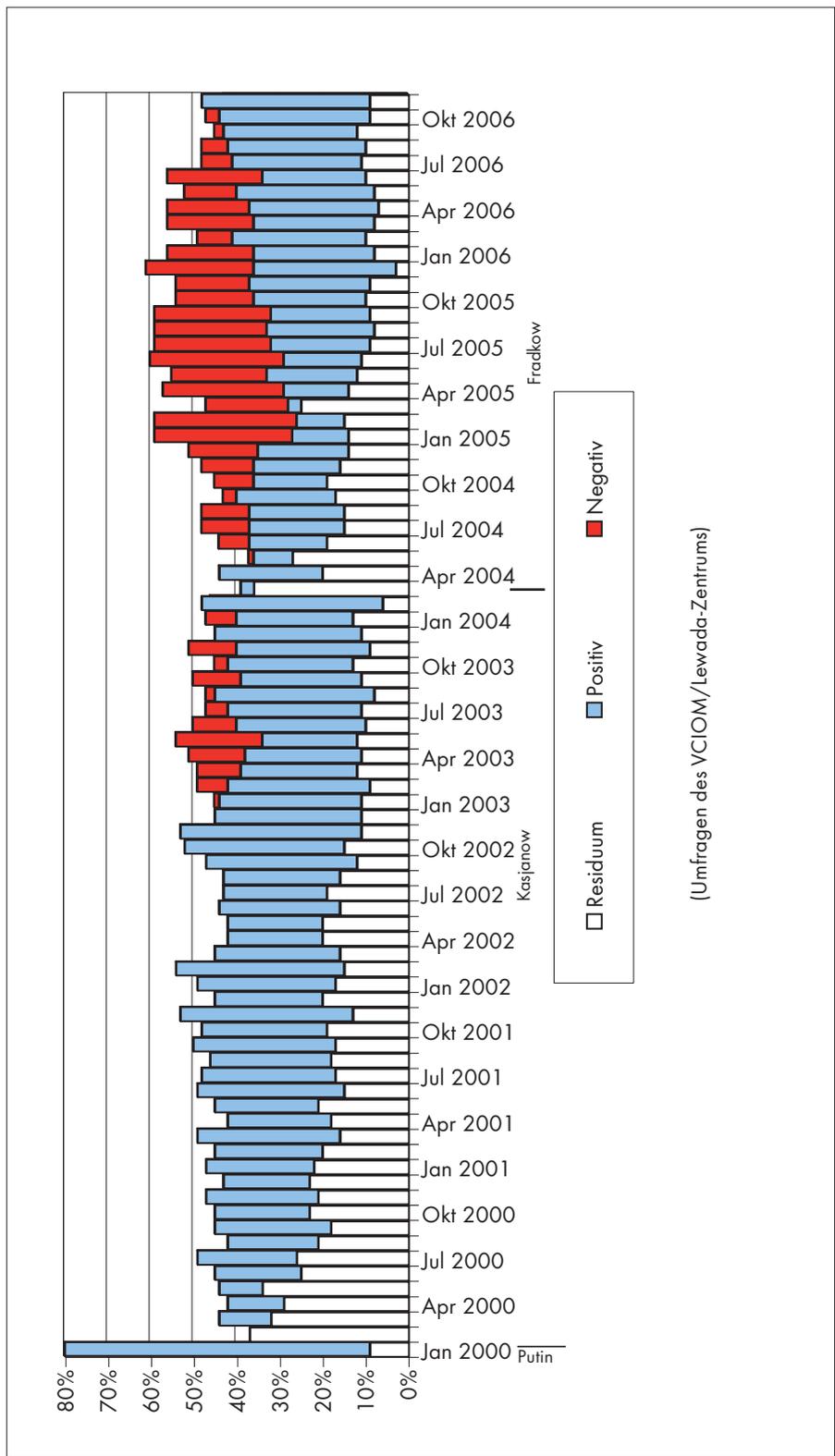


	Russland Insgesamt	Bildung				Prokopfeinkommen		
		keine Mittel- schule	Mittel- schule	Fachschule	Hoch- schule	bis 2.000 Rubel	2.001- 3.999 Rubel	über 4.000 Rubel
<b>Welche Mitglieder der Regierung Fradkow erledigen Ihrer Meinung nach ihre Arbeit am schlechtesten?</b>								
Surabow, M.Ju., Minister für Gesundheitswesen und Soziales	28,5%	23,2%	25,8%	30,6%	33,8%	24,4%	29,7%	35,3%
Gref, G.O., Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	13,0%	7,2%	11,3%	14,1%	19,0%	12,0%	13,4%	15,4%
Gordejew, A.W., Landwirtschaftsminister	11,0%	9,9%	12,4%	10,3%	10,3%	17,0%	9,5%	9,4%
Fursenko, A.A., Bildungs- und Wissenschaftsminister	7,7%	0,4%	5,9%	9,2%	14,2%	4,9%	6,8%	10,8%
Kudrin, A.L., Finanzminister	7,1%	2,6%	6,8%	7,6%	10,6%	6,1%	6,9%	8,6%
Jakowlew, W.A., Minister für Regionalentwicklung	5,0%	2,4%	4,3%	5,0%	8,8%	3,1%	3,9%	7,4%
Nurgalijew, R.G., Innenminister	4,0%	2,9%	3,7%	2,9%	7,9%	5,0%	2,9%	4,6%
Lewitin, I.E., Transportminister	3,5%	1,8%	3,5%	3,3%	5,3%	1,9%	2,8%	4,6%
Trutnew, Ju.P., Minister für Bodenschätze	2,8%	2,2%	2,9%	2,1%	4,5%	3,1%	1,7%	2,7%
Christenko, W.B., Industrieminister	2,6%	2,6%	3,0%	1,4%	4,2%	2,0%	2,0%	3,7%
Sokolow, A.S., Minister für Kultur und Massenkommunikation	1,9%	0,0%	1,2%	2,6%	3,4%	0,9%	1,0%	3,3%
Iwanow, S.B., Stellvertretender Ministerpräsident, Verteidigungsminister	1,5%	1,0%	1,2%	1,1%	3,7%	1,4%	1,2%	2,2%
Rejman, L.D., Minister für Informationstechnologie und Fernmeldewesen	1,3%	2,2%	0,8%	0,9%	2,7%	1,1%	1,1%	1,9%
Medwedjew, D.A., Erster Stellvertretender Ministerpräsident	1,1%	0,0%	1,0%	0,6%	3,1%	1,0%	0,8%	1,5%
Schukow, A.D., Stellvertretender Ministerpräsident	1,1%	1,3%	0,6%	1,1%	1,7%	0,8%	1,0%	1,7%
Shojgu, S.K., Katastrophenschutzminister	0,8%	0,5%	0,7%	1,4%	0,0%	0,8%	0,2%	1,3%
Lawrow, S.W., Außenminister	0,5%	0,0%	0,6%	0,6%	0,4%	0,7%	0,0%	0,6%
Keine Antwort	53,0%	63,3%	56,1%	50,7%	43,5%	56,6%	55,6%	42,8%

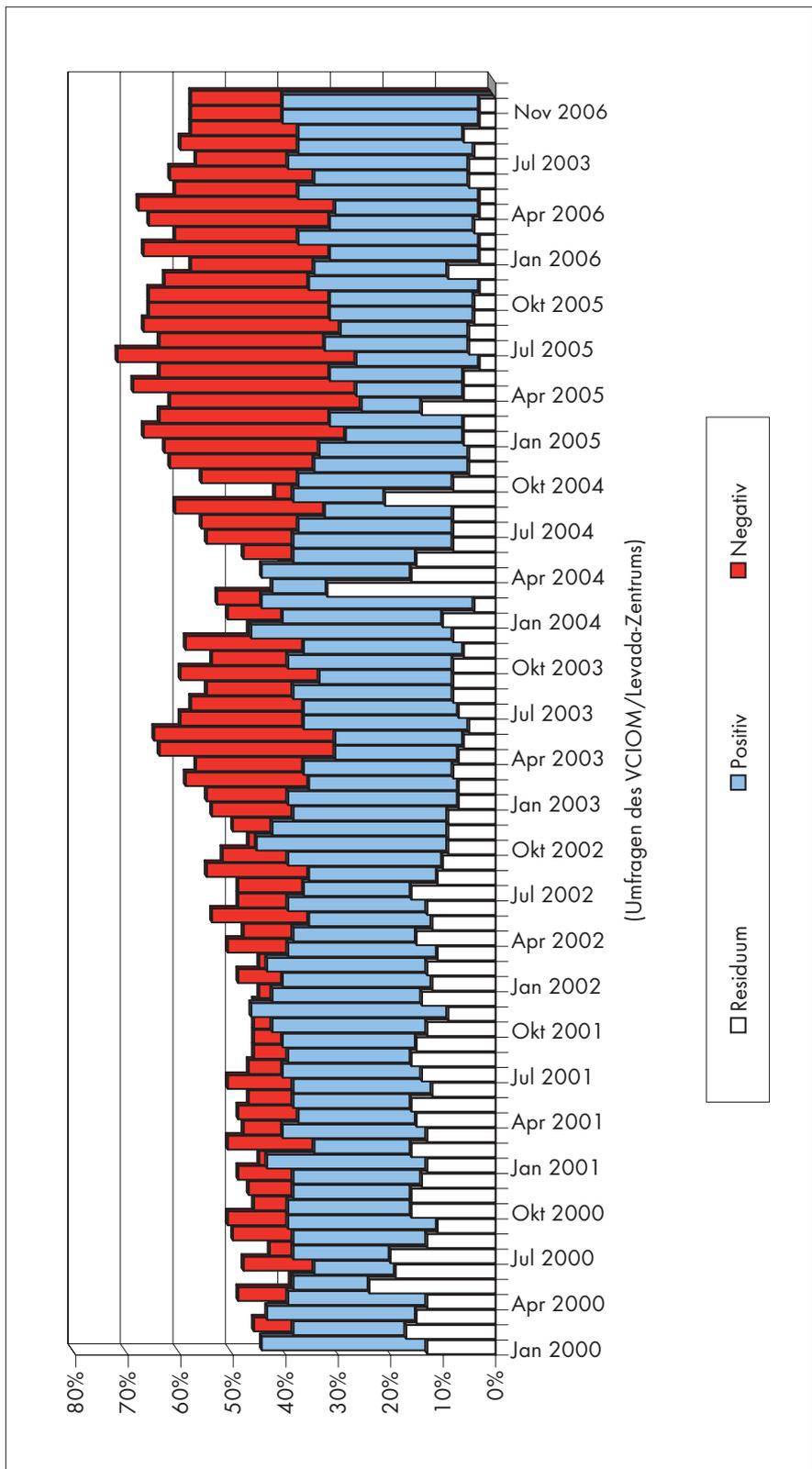
## Die Ratings von Regierung und Ministerpräsident 2000–2006

Quelle: Umfragen des Lewada-Instituts <<http://www.levada.ru./pravitelstvo.html>>

Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?



Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Regierung?



**Chronik**
**Vom 1. bis zum 7. Dezember 2006**

1.12.2006	Maksim Kaschulinskij, der Chefredakteur der russischen Ausgabe von „Forbes“, teilt mit, dass er von seinem Amt zurücktritt. Er protestiert damit dagegen, dass der Herausgeber der Zeitschrift, Axel Springer Russland, die Dezemberausgabe zurückgezogen hat. Kaschulinskij unterstellt, dass dies auf Druck von Jelena Baturina geschehen ist, der Ehefrau des Moskauer Bürgermeisters Lushkow, die als reichste Frau Russlands gilt.
1.12.2006	Präsident Putin und sein indonesischer Amtskollege Susilo Bambang Yudhoyono kommen überein, die militärische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen.
2.12.2006	In Jekaterinburg findet der 7. Parteitag von „Einiges Russland“ statt. Sergej Tschemesow, der Chef von Rosobornexport, wird in das leitende Parteigremium gewählt.
2.12.2006	In Priamuchina, einem Dorf im Gebiet Twer, kommt ein orthodoxer Priester mit seiner Familie um, als sein Haus unter verdächtigen Umständen in Brand gerät.
4.12.2006	Ermittler der britischen Polizei reisen nach Moskau, um dort mögliche Zeugen im Fall Litwinenko zu befragen.
4.12.2006	In Samara wird der Generaldirektor des Erdgasunternehmens Itera-Samara, Alexander Samojlenko, von Unbekannten erschossen.
4.12.2006	Der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Jegor Gajdar wird aus dem Krankenhaus entlassen, in das er in der Woche zuvor mit Vergiftungssymptomen eingeliefert worden war.
4.12.2006	Verteidigungsminister Sergej Iwanow teilt mit, dass die erste Einheit, die mit Interkontinentalraketen Topol-M auf mobilen Startgeräten ausgerüstet ist, in Dienst gestellt wird.
4.12.2006	Auf dem Ministerrat der OSZE in Brüssel kritisiert der russische Außenminister Sergej Lawrow die Organisation und wirft ihr „Unausgewogenheit“ vor. U.a. verlangt er die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur ODIHR, der Institution, die sich mit Wahlbeobachtung beschäftigt.
5.12.2006	Alexij II, der Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, kritisiert den Vatikan, dem er vorwirft, die Konversion von orthodoxen Gläubigen zu betreiben und die orthodoxe Kirche in der Westukraine zu diskriminieren.
5.12.2006	Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka teilt der Presse mit, dass die Verdächtigen und Zeugen im Fall Litwinenko in Gegenwart britischer Polizisten von russischen Beamten verhört werden.
6.12.2006	Die Duma verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, das dem Präsidenten erlaubt, auf Empfehlung der Duma, des Föderationsrates oder der Regierung Sanktionen gegenüber anderen Staaten auszusprechen.
6.12.2006	Präsident Putin empfängt die Vertreter von zehn politischen Parteien und erörtert mit ihnen die politische Lage im Lande. Anwesend sind Boris Gryslow („Einiges Russland“), Gennadij Sjuganow (KPRF), Wladimir Shirinowskij (LDPR), Sergej Baburin („Volksfreiheit“), Sergej Mironow („Ehrliches Russland“), Nikita Belych (Union der Rechten Kräfte), Gennadij Gudkow (Volkspartei), Wladimir Plotnikow (Agrarpartei Russlands), Grigorij Jawlinskij (Jabloko) und Wasilij Schestakow (Sozialistische Einheitspartei Russlands).
6.12.2006	Angehörige des Föderalen Zolldienstes durchsuchen die Moskauer Büros von IBM und anderen Computerfirmen.
6.12.2006	In Moskau durchsuchen Beamte der Abteilung für Wirtschaftsverbrechen des Innenministeriums die Amtsräume des Staatlichen Rentenfonds.
6.12.2006	Alexander Makarow, der Bürgermeister von Tomsk, wird unter dem Verdacht der Geldwäsche festgenommen.
7.12.2006	Die russische Generalstaatsanwaltschaft qualifiziert den Tod von Alexander Litwinenko als Mord und leitet ein Untersuchungsverfahren ein.
7.12.2006	In Moskau wird eine Temperatur von +7,5° Celsius gemessen. Das ist der höchste Wert im Monat Dezember seit Beginn der Temperaturmessungen in Russland. Der bisherige Höchstwert betrug +6,6° Celsius und wurde 1898 gemessen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de